



Open Government Data soll strategischer Schwerpunkt im E-Government werden

Bern, 16. November 2011 - **Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf eröffnete gestern in Bern vor rund 250 Teilnehmern das fünfte Nationale eGovernment-Symposium. Sie betonte in ihrem Eröffnungsreferat, dass Open Government Data als strategischer Schwerpunkt in der E-Government-Strategie der Schweiz positioniert werden soll. eGovernment-Verantwortliche aus Gemeinden und Kantonen, der Forschung und Industrie sowie interessierte Parlamentarier und Exekutivmitglieder aller Stufen trafen sich zum jährlichen Gedankenaustausch mit dem Themenschwerpunkt Open Government.**

Neben Keynotes am Vormittag und der Übergabe des „eGovernment-Sonderpreis Schweiz 2011“ standen den Teilnehmern am Nachmittag je drei Fachsessionen zur Auswahl. Mit einem „World Café“-Workshop, organisiert von Studierenden der Berner Fachhochschule, sowie einer online-Teilnehmerumfrage über Wissen und Ansichten zu Open Government haben die Organisatoren dieses Jahr zwei interaktive Elemente in das Symposium eingebracht. Deren Ergebnisse flossen direkt in die Diskussion auf dem abschliessenden Podium ein, auf welchem Nationalrätin Edith Graf-Litscher, Andrej Vckovski (Präsident simsa) und Hanspeter Thür die zukünftigen Kernanliegen zu Open Government diskutierten. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass in der Bevölkerung zunächst ein Verständnis für Open Government geschaffen werden muss. Kritische Fragen ergaben sich insbesondere in Bezug auf Regeln und Finanzierung. Nationalrätin Edith Graf-Litscher ist überzeugt, dass Open Government Data als Innovationsprojekt zwar etwas kostet, der Volkswirtschaftliche Nutzen jedoch absehbar sei.

E-Government kommt gut voran

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bedauerte in ihrem Einführungsreferat, dass der Aufgabenkatalog der Geschäftsstelle E-Government Schweiz künftig reduziert werden muss und nicht der „volle Wunschkatalog“ realisiert werden kann. Die Umsetzung der E-Government-Strategie sei jedoch auf gutem Wege, auch wenn man bei E-Government immer mit „zwei Geschwindigkeiten“ (Technik und Politik) konfrontiert sei: Von 45 priorisierten Vorhaben konnten bislang 17 abgeschlossen werden. Der Bundesrat unterstütze das Anliegen des Postulates von Nationalrat Christian Wasserfallen und wolle Open Government Data künftig als strategischen Schwerpunkt in der eGovernment-Strategie positionieren, so die Bundesrätin weiter.

Detlef Eckert, INFISO-Direktor der europäischen Kommission, präsentierte die geplanten ICT-Investitionen der EU im Rahmen der Digitalen Agenda: Zwischen 2014 und 2020 sollen 9.2 Milliarden Euro in ICT-Infrastruktur fließen, davon immerhin 2 Milliarden in E-Government-Services. Peter Krantz, schwedischer eGov-Delegierter und Sietze Dijkstra (IBM) rundeten den Vormittag ab.

Das Thema Open Government beschäftigt nicht nur die nationale Politik mit einem guten Dutzend aktuellen parlamentarischen Vorstössen zum Thema. Auch die Wissenschaft nimmt sich dem Thema an: Die Berner Fachhochschule wird in den nächsten 6 Monaten eine von der Gebert Rütli Stiftung finanzierte Studie zum Thema Open Government durchführen.

Neue App zur qualitativen Nutzenbestimmung von E-Government

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz hat die neu entwickelte E-Gov App präsentiert. Nebst Erläuterungen zum Programm E-Government Schweiz enthält die App ein Instrument zur qualitativen Nutzenbestimmung von E-Government-Vorhaben. Sie steht kostenlos auf Deutsch und Französisch zur Verfügung. Ein dreiminütiger Videotrailer erläutert das Programm E-Government Schweiz und seine Ziele. Anhand konkreter Vorhaben wie beispielsweise die Zollabfertigung von Waren wird E-Government einfach und verständlich erklärt. Dank der neuen App kann der Nutzen von E-Government-Vorhaben jederzeit berechnet werden. Weitere Informationen erhalten Sie von Astrid Strahm, Geschäftsstelle E-Government Schweiz, 031 322 14 43, astrid.strahm@isb.admin.ch.



eGovernment-Symposium

Weg zur Selbstständigkeit und Chancengleichheit – Accessibility-Studie 2011

Im Rahmen des Symposiums wurden die Resultate der Accessibility-Studie publiziert. Egal ob im privaten Alltag oder für wichtige Behördengänge: Das Internet und seine Möglichkeiten sind nicht wegzudenken. Gerade für Menschen mit Behinderungen stellen die neuen Technologien ein Weg zur Selbstständigkeit und Chancengleichheit dar. Allerdings zeigt die von der Stiftung «Zugang für alle» durchgeführte Studie, dass von Gleichstellung noch lange nicht die Rede sein kann: Die Mehrheit der 100 getesteten Websites ist voller Barrieren und stellt somit für jeden siebten Schweizer eine Hürde dar. Weitere Informationen unter: www.access-for-all.ch

Save the Date

3. Mai 2012 – erstes Symposium eGovernment Romand in Lausanne

13. November 2012 – sechstes Nationales eGovernment-Symposium in Bern

Für Fragen:

Andreas Hugi, Geschäftsführer Verein eGovernment-Symposium: Mobile 079 675 55 21